

Nr. 4502 /J

II-9196 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993 -03- 24

Anfrage

der Abgeordneten Jakob Auer, und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Geldzustellung durch Briefträger

In dem beiliegenden Artikel der Zeitung "Die Presse", vom Mittwoch, 10. März 1993, wird festgestellt, daß etwa vier Milliarden Schilling allmonatlich von den Gesamtzustellern (Briefträgern) in die österreichischen Haushalte gebracht werden. Es handelt sich dabei um ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Briefträger. Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß dieses Sicherheitsrisiko unbedingt reduziert werden muß.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e

1. Wie viele Überfälle auf Briefträger gab es in den Jahren
 - a) 1986
 - b) 1987
 - c) 1988
 - d) 1989
 - e) 1990
 - f) 1991
 - g) 1992und bis jetzt im Jahr 1993 in Gesamtösterreich?
2. Wie viele Überfälle auf Briefträger gab es in den genannten Jahren in den Bundesländern
 - a) Vorarlberg
 - b) Tirol
 - c) Salzburg
 - d) Steiermark
 - e) Kärnten
 - f) Niederösterreich
 - g) Oberösterreich
 - h) Burgenland
 - i) Wien?

3. Welche Maßnahmen haben Sie in der Vergangenheit gesetzt, um das Sicherheitsrisiko für Briefträger im Zusammenhang mit der Auszahlung von Geldbeträgen zu reduzieren?
4. Halten Sie diese Maßnahmen für ausreichend?
5. Welche Verbesserungen, zur Minimierung des Risikos für Briefträger im Zusammenhang mit Geldzustellungen, sind Ihrer Meinung nach in der Zukunft zu setzen?

Gesetze zwingen Briefträger zum Risiko Reform der Geldzustellung nicht in Sicht

WIEN (wor). Auch nach dem Überfall auf einen Geldzusteller der Post, bei dem am Montag zwei unbekannte Räuber fast eine Million Schilling erbeuten konnten, denkt man bei der Post nicht konkret über bessere Schutzmaßnahmen für die Zusteller nach. Die „Geldboten der Nation“ werden vom Gesetz zu ihren gefährlichen Touren gezwungen. Versuche, die ins Haus zugestellten Summen zu minimieren, sind bisher weitgehend gescheitert.

Etwa vier Milliarden Schilling werden allmonatlich von tausenden „Gesamtzustellern“, wie der Briefträger im Postdeutsch heißt, in die österreichischen Haushalte gebracht. Meist handelt es sich um Pensionen, Arbeitslosen- und Karenzgelder oder Mietzinsunterstützungen. „Wir beliefern natürlich nur jene Personen, die kein Bank- oder Postkonto haben. Das sind aber mehr, als man glauben möchte“, erklärt Dr. Roman Mandl von der Generaldirektion der Post.

10.000 Schilling Obergrenze in „gefährdeten Gebieten“

Daß Geldbeträge jedermann ins Haus gebracht werden, verlangt die österreichische Postordnung. Sie sieht sogar einen zweiten Zustellversuch vor, falls der Geldbezieher nicht angetroffen wird. Als Obergrenzen pro Geldsendung gelten 20.000 Schilling, in „gefährdeten Gebieten“ kann 10.000 Schilling als Limit festgelegt werden. Eine Einschränkung der Zustellpflicht haben die Postgewaltigen noch nicht in Erwägung gezogen. „Natürlich könnten Arbeitslose sich die Unterstützung auch am Postamt abholen, aber was machen wir mit gebrechlichen Pensionisten?“, sinniert

Mandl über mögliche Reformen. Das „Konto bei der Post“ sei oftmals beworben worden, auch über die gestaffelte Auszahlung der Pensionen und Beihilfen habe man nachgedacht. „Es wäre uns lieber, wenn sich die Geldauszahlungen nicht zu Monatsbeginn häufen würden. Aber das ist vor allem bei den Pensionen, die von vielen verschiedenen Stellen ausbezahlt werden, schwierig zu koordinieren“, befürchtet Mandl.

Außerdem würden Staffellungen die Geldbezieher verärgern. „Die Leute wollen ihr Geld halt am Ersten“, weiß der Postjurist.

Spezielle Geldzusteller gibt es heute nur noch an wenigen Postämtern. Um die Geldsummen pro Boten und damit das Risiko möglichst gering zu halten, werden die Beträge vom Heer der „normalen Briefträger“ in die Häuser gebracht. Für sie gibt es keinen speziellen Schutz, bestenfalls er-

höhte Aufmerksamkeit seitens der Exekutive zu Monatsbeginn. Eine Rückkehr zum alten System verbunden mit besserem Selbstschutz schließt man bei der Post aus. „Wir wollen keine bewaffneten Geldboten. Das würde noch radikalere Formen der Gewalt provozieren“, meint Mandl.

Mit welchen Geldsummen man die einzelnen Briefträger auf den Weg schickt, gibt das Postmanagement nur ungern bekannt. Auch über die Höhe der Beute bei Überfällen schweigt man dezent. „Wir wollen niemanden zu Folgetaten motivieren“, erklärt Mandl. Studenten, die als Ausfallsbriefträger tätig waren, berichten von mehr als 600.000 Schilling, die sie nach nur einer Woche Einschulung zugestellt hätten.



Jeder freut sich über Geld von der Post. Die Räuber bisweilen auch.

Photo: „Die Presse“/Michaela Seidler